

Sehr geehrter Herr Minister Hauck,

ich bin Gemeinderätin in Isny und Kreisrätin im LK Ravensburg. Ich engagiere mich hier schon geraume Zeit für das geplante Biosphärengebiet und finde schon lange das Störfeuer aus den Reihen des Koalitionspartners in BaWü ziemlich schäbig. Aber mein Erschrecken über Ihr überaus unqualifiziertes Statement zum Thema Biosphärengebiet in Oberschwaben in der Schwäbischen Zeitung geht deutlich darüber hinaus. Ich zitiere:

Was halten Sie davon, in Oberschwaben und dem württembergischen Allgäu ein Biosphärengebiet einzurichten?

Für die Kernzone müssten drei Prozent der zur Biosphäre gehörenden Flächen komplett stillgelegt werden. Das können wir uns nicht mehr leisten. Wir steuern auf eine angespannte Ernährungssituation zu. Wir verlieren Selbstversorgungsgrade. Beim Rind haben wir noch rund sechzig Prozent, bei Schweinen sind wir bei vierzig Prozent, bei Gemüse unter zwanzig Prozent, beim Obst insgesamt ohne Zitrusfrüchte bei dreißig Prozent. Damit ein Land aber widerstandsfähig bleibt, dürfen Abhängigkeiten vom Ausland gewisse Grenzen nicht überschreiten. Und deshalb brauchen wir ein gewisses Maß an Eigenproduktion.

Ich begründe mein Urteil über Ihr Statement:

Erstens wurde dieses Projekt in einem gemeinsamen Koalitionsvertrag ausgehandelt und Sie kannten die Idee und die Bedingungen, bevor das Szenario in Oberschwaben und im Allgäu ausgerollt wurde.

Zweitens hoffe ich, dass Sie sehr genau wissen: die geplante Kernzone von 3% liegt ausschließlich in Gebieten, die bereits heute jegliche landwirtschaftliche Nutzung ausschließen.

Drittens müssten Sie wissen, dass bereits heute der massive Rückgang der Bestäuber die Ursache für Ernteeinbußen ist. Sie sollten also alles in Ihren Möglichkeiten stehende tun, um einen weiteren Rückgang dieser Arten zu verhindern, wenn Sie sich für Ernährungssicherheit stark machen wollen. Wir sehen im Biosphärengebiet eine große Chance für einen tragfähigen Strukturwandel innerhalb der Landwirtschaft. Der ist bitter nötig, wird aber der Landwirtschaft nicht ohne die Unterstützung der Verbraucher und aller anderen Beteiligten an den Wertschöpfungsketten gelingen. Alles, was wir aus den älteren Biosphärengebieten erfahren, zeigt, dass die Biosphäre die Menschen zusammenbringt zu gemeinsamen Projekten, ein Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt und Geld ins System bringt, das nicht an behördliche Strukturen gebunden ist.

Viertens wurde es, dank der guten Erfahrungen in anderen Biosphären, möglich, ein Ausstiegsszenario in den Vertrag zu verhandeln. Das bedeutet, dass Gemeinden, deren Mitglieder aus welchen Gründen auch immer erheblich unter der Biosphäre leiden sollten, in gravierenden Fällen sogar fristlos aussteigen können.

Mir wird unter diesen Bedingungen einfach nicht klar, wer tatsächlich nach Errichtung eines Biosphärengebietes Probleme bekommt. Wenn das Projekt nicht kommt, beugen wir uns dem Diktum und der überdimensionierten Werbekampagne von höchstens 2 Prozent der Bevölkerung und nehmen damit den restlichen 98% die Möglichkeit, über Chancen nachzudenken.

Ich möchte Sie höflich bitten, Ihre falschen Behauptungen zur notwendigen zusätzlichen Flächenstilllegung zu korrigieren und die übrigen Argumente noch einmal zu überdenken. Dieser Brief geht nachrichtlich auch an die Schwäbische Zeitung, weil ich auch von dieser eine Klarstellung der Fakten erwarte.

Mit freundlichen Grüßen

Dorothee Natalis